

## Frankfurter Allgemeine

SONNTAGSZEITUNG

# Der Machtbrand

Von Wulf Schmiese

Jetzt haben sie Feuer gefangen ganz oben in der großen Koalition. Angela Merkel hat sich anstecken lassen. Sie fleht bei Kurt Beck um Hilfe. Doch der bläst in die Flammen. Die Vorsitzenden von CDU und SPD hat der Machtbrand gepackt. Das Land wird darunter mehr leiden als das Regierungsbündnis.

Eigentlich wollte die Bundeskanzlerin löschen in ihrer Not, austreten, was seit langem schwelt um sie herum. Sie quält, daß ihre Macht und ihre Eignung als Reformregierungschefin in Frage gestellt werden von den eigenen Ministerpräsidenten, den ehrgeizigen Gleichaltrigen und vermeintlich Gleichgesinnten. Den Gesundheitskompromiß lehnen sie ab. Frau Merkel weiß das, das Volk ahnt es, und die SPD sagt es. Das ist keine Reform, wie die CDU sie wollte, auch keine, wie die sozialdemokratischere CSU sie will. Es ist ein Weitermachen wie zuvor. Die

Union hat den Systemwechsel nicht geschafft: weg von der Beitragsfinanzierung, hin zu einer einheitlichen Prämie, ergänzt durch Steuern. Die SPD wollte Gleichheit durch Ungleichheit erreichen, indem der Beitrag für die Krankenversicherung nach dem Einkommen bemessen wird. So ist das System, und so wird es bleiben. Käme der Gesundheitsfonds im Jahre 2009 tatsächlich, könnten diese Beiträge sogar auf insgesamt 15 Prozent ansteigen.

Deswegen wollten die Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Hessen und Bayern das Aufschieben des Fonds um drei Jahre. Sie treibt die Hoffnung, dann ihre Landtagswahlen im Jahre 2008 wieder gewonnen zu haben. Mehr als Christian Wulff und Roland Koch schlägt derzeit Edmund Stoiber wirre Haken; mal schmätzt, mal lobt er. Eine CSU, die derzeit weniger als 50 Prozent Zustimmung hat, ist bedrohlich für ihn. Doch allen elf Ministerpräsidenten der Union geht es um die Macht. Deshalb steht niemand der Bundeskanzlerin bei. Bestenfalls sagen sie: „Diese Reform wird nicht scheitern.“ Wie auch, wenn sie keine ist?

Der SPD gefällt dieser Streit, den es bei ihr mangels mächtiger Ministerpräsidenten so gar nicht geben könnte. Sie wähnt sich außerdem als Sieger in der Sache. Peter Struck, der SPD-Fraktionschef im Bundestag, sagt nun, was jeder, was auch Frau Merkel weiß: Die Länderfürsten der Union würden der Bundesregierung sicher weiter Ärger machen bei den anstehenden Reformen von Steuern und Arbeitsmarkt. Die Kanzlerin habe ja „in den vergangenen Wochen erfahren müssen, daß sie noch einen schweren Weg vor sich hat, die Mini-

sterpräsidenten immer mit sich zu nehmen“. Dieser Allgemeinplatz taugte schon zum Fidibus, so aufgeheizt ist die Stimmung selbst bei den Großen der Koalition. Die Kanzlerin ist angesteckt: Sie verbittet sich Strucks Kritik an ihren Ministerpräsidenten, die sie selbst nie wagte. Sie fordert den SPD-Vorsitzenden Beck auf, helfend einzugreifen. Beck aber ist eine schlechte Wahl als Beistand. Er sieht es noch ärger als Struck: Ein Machtkampf stehe Frau Merkel bevor, stellt er ungerührt fest. Hinter der Regierungskritik der Ministerpräsidenten stünden schließlich Macht-, nicht Landesinteressen.

Beck ist selbstbewußt wegen der jüngsten Umfrageergebnisse: Erstmals seit Jahren liegen die Sozialdemokraten wieder vor der Union. Der SPD-Vorstand jubelt. Es ist Schadenfreude über den Absturz der anderen. Sie wirkt deshalb wie die Freude Blöder, weil beide Volksparteien

gemeinsam nur noch Werte haben, die in allerbesten Regierungsjahren jede von ihnen alleine hatte, zumindest in Berlin und Bayern. Willy Brandt regierte mit über 60 Prozent, Stoiber tut es formal noch.

Die Regierung Merkel ist reformunfähig, und Teilen der Regierung gefällt das. Die Selbstblockade funktioniert getarnt hinter Kompromissen. Ein morscher Grundpfeiler der Republik konnte trotz Zweidrittelmehrheit nicht erneuert werden. Das Volk ist uninformiert über Einzelheiten. Aber es spürt, daß dieses Bündnis nicht hält, was es versprach. Trotz sinkender Arbeitslosenzahl, trotz Wachstums, trotz einer klugen Außen- und einer mutigen Integrationspolitik ist anfangs durchaus gewecktes Vertrauen dramatisch enttäuscht worden.

Angela Merkel setzt fort, was Gerhard Schröder begonnen hat. Das ist ein fürchterlicher Satz, denn er stimmt. Dabei war Schröder ein Springinsfeld, seine fahrigere Regierung endete mit einem ausgeschüttelten Zettelkasten namens Agenda 2010. Frau Merkel hatte hingegen ein Konzept vor Beginn. Hatte! Schröder nahm der SPD und dem Land in seinem Abwahlkampf jenen Reformmut, den er zuvor selbst gemacht hatte. Er hat ihn auch Frau Merkel genommen. Sie beide sehen sich als Reformer, zeigten sich aber – er zum Schluß, sie zum Start – als Deformer. Schröder hatte zu spät begriffen, daß es grundfalsch war, „nicht alles anders, aber vieles besser“ machen zu wollen. Diese Regierung hat das nicht begriffen. Sie ist schlecht für Deutschland. Jede andere mit nur einer Volkspartei und einem kleineren Partner würde mehr bringen: klare Verhältnisse.

**Das ist ein fürchterlicher Satz: Angela Merkel setzt fort, was Gerhard Schröder begonnen hat.**